



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 13/2012
Oktober 2012 (1)

Liebe Leserinnen und Leser,

von den Delegierten der drei CDU-Kreisverbände Erfurt, Weimar und Weimarer Land wurde ich mit 91,7 Prozent der Stimmen als Direktkandidatin für den Wahlkreis Erfurt–Weimar–Weimarer Land II nominiert. Für das entgegengebrachte Vertrauen möchte ich mich bedanken.

Ich hoffe, die nächsten Schritte auf dem Weg zur Wiederwahl in den Deutschen Bundestag werden ähnlich erfolgreich sein. Aus diesem Grund möchte ich schon jetzt um Ihre Unterstützung im kommenden Wahlkampf werben.

Herzliche Grüße,
Ihre Antje Tillmann



Nominierungsparteitag mit: (v.l.) Marion Walsmann (Kreisvorsitzende CDU Erfurt), Mike Mohring (Kreisvorsitzender CDU Weimarer Land), Antje Tillmann, Dr. Mario Voigt (Generalsekretär CDU Thüringen), Micheal Panse (stellv. Kreisvorsitzender CDU Erfurt) und Andreas Horn (stellv. Kreisvorsitzender CDU Erfurt)

Lebenserwartung in Deutschland steigt stetig

Die Lebenserwartung für neugeborene Jungen ist laut Statistischem Bundesamt auf 77 Jahre und 9 Monate gestiegen, für neugeborene Mädchen auf 82 Jahre und 9 Monate. Zudem lässt sich aus den aktuellen Berechnungen entnehmen, dass statistisch jeder zweite Mann in Deutschland wenigstens 80 Jahre alt, jede zweite Frau sogar 85 Jahre alt wird.

Zahl der Sanktionen gegen ALG II-Empfänger auf Rekordniveau

Wer sich um Arbeit bemüht, soll Unterstützung erhalten. Wer nicht, muss mit Sanktionen rechnen. Dies verdeutlichen auch die vorgestellten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Demnach könnte die Zahl der verhängten Sanktionen gegen Arbeitslosengeld II-Empfänger 2012 erstmals die Millionenmarke überschreiten. Allein in der ersten Jahreshälfte strafe die BA 520.792 Leistungsempfänger ab.

Laut der Nürnberger Behörde ist es der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt geschuldet, dass mehr Leistungsempfängern als sonst eine Stelle angeboten werden konnte. In 56.489 Fällen kam es zur Verweigerung dieser Stellen und damit zu Sanktionen. Weitere Ursachen für Strafen sind Verstöße gegen die Eingliederungsvereinbarung (74.432 Fälle) und Meldeversäumnisse (352.233 Fälle).

Analysen zeigen, dass 6,2 Prozent der männlichen Leistungsempfänger ohne Job schon mindestens einmal mit Leistungskürzungen bestraft wurden – bei weiblichen Empfängern sind es nur halb so viele.

Diese Analysen verdeutlichen aber auch, dass bei weitem nicht alle Leistungsempfänger über einen Kamm geschoren werden dürfen. Ein sehr großer Teil kommt seinen Verpflichtungen nach und bemüht sich um eine neue Arbeit. (Quelle: Süddeutsche Zeitung am 16. Okt. 2012)

Bundesrat blockiert Kita-Ausbau

Durch die Blockadehaltung der Länder könnte es zu einer Verzögerung beim Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-Jährige kommen. Die Bundesländer verweigern die Annahme der 580 Mio. Euro, mit denen der Bund die Länder beim Ausbau von 30.000 neuen Kita-Plätzen unterstützen will. Sie bemängeln, dass es nunmehr eine Nachweispflicht für die tatsächliche Verwendung der Gelder geben soll und weigern sich, die Kofinanzierung für die Plätze zu übernehmen. Außerdem fordern sie Mittel für Betriebskosten für noch nicht in Betrieb befindliche Kindertageseinrichtungen. Der Bund ist sich seiner Verantwortung für die Familien bewusst und steht zu seiner Verantwortung. Ich fordere die Länder auf, nicht mit den existenziellen Sorgen der Eltern zu spielen und für einen zügigen und fristgerechten Ausbau der Kinderbetreuung zu sorgen.

Verfahrensvorschlag zur Neuregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Seit seiner Verabschiedung im Jahr 2000 hat das EEG wesentlich zum Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland auf mittlerweile rund 25 Prozent der Stromversorgung beigetragen. Beim derzeit erreichten Stand wird allerdings auch deutlich, dass das geltende EEG nicht mehr imstande ist, den weiteren Ausbau der Energiewende angemessen zu begleiten. Erforderlich ist daher eine grundlegende Reform des EEG, die über die bisherigen Korrekturen und Anpassungen hinausgeht.

Nach dem Willen von Bundesumweltminister Altmaier soll die Reform folgenden Inhalt haben:

- gesetzliche Festlegung zeitlicher und quantitativer Ausbauziele
- für das Jahr 2050 soll es beim Ziel von 80 Prozent Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bleiben
- spezifische Überlegungen zu Ausbauzielen für die einzelnen Energiearten
- durch die gesetzliche Festschreibung der Ausbauziele werden Zweifel am Gewolltsein der Energiewende endgültig beseitigt
- Marktfähigkeit wird gleichzeitig gesetzlich als Ziel festgeschrieben
- Möglichkeiten zur geographischen und regionalen Steuerung zur besseren Abstimmung des Ausbaus mit dem Ausbau der Netze
- Berücksichtigung von Speicher-Aspekten

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat

Am Donnerstag informierte Bundeskanzlerin Angela Merkel den Bundestag über die zentralen Themen des Europäischen Rats, insbesondere über die Fortschritte bei der Umsetzung des Pakts für Wachstum und Beschäftigung sowie die Entwicklung der Diskussion zur Einrichtung eines einheitlichen europäischen Bankenaufsichtsmechanismus.



Quelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion Foto: Tobias Koch

Europäische Bankenaufsicht rückt näher

Die europäischen Staats- und Regierungschefs sind einer europäischen Bankenaufsicht ein Stück näher gekommen. Im Laufe des kommenden Jahres wollen sie Gesetzesbeschlüsse auf den Weg bringen, die die Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank (EZB) ansiedeln. Zwingende Voraussetzung für die Übernahme der Aufsicht durch die EZB ist die strikte Trennung von Geldpolitik und Bankenaufsicht. Bundeskanzlerin Merkel betonte, dass Voraussetzung für konkrete Gespräche über eine direkte Rekapitalisierung von Krisenbanken durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zunächst die Inkraftsetzung der einheitlichen Aufsicht ist. Außerdem einigte sich der Gipfel, zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit und der Wettbewerbsfähigkeit Verträge über Reformen zwischen den Ländern und der EU-Kommission voranzutreiben.

Reisekostenerstattung für Lehrer

Klassenfahrten dürfen nicht davon abhängig gemacht werden, dass der Lehrer auf seine Reisekosten verzichtet. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt jetzt in einem Grundsatzurteil festgelegt.

Aus diesem Grund müssen Lehrer künftig Reisekosten für Klassenfahrten nicht mehr alleine tragen. Im Haushalt für das kommende Jahr stehen laut Thüringer Kultusministerium 1,4 Mio. Euro zur Verfügung. Dieses Geld ist für die Kosten bestimmt, die Lehrern entstehen, wenn sie Maßnahmen zum Lernen an anderem Ort begleiten.

Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages

Der europäische Fiskalvertrag war Grundvoraussetzung der CDU/CSU-Fraktion zur Zustimmung zum dauerhaften Rettungsschirm ESM. Hinzu kommen jetzt im Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages europarechtliche Spezifizierungen:

- Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit von 0,5 Prozent des BIP
- deren Überwachung durch den Stabilitätsrat
- Einschließung von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen in die Defizitgrenze

Außerdem wird ein unabhängiger Beirat zur Unterstützung des Stabilitätsrats geschaffen, in dem auch ein Vertreter der Sozialversicherungen und der Kommunen Mitglied ist. Zusätzlich übernimmt der Bund alle etwaigen Strafzahlungen hinsichtlich des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Impressum

Antje Tillmann MdB
antje.tillmann@wk2.bundestag.de
Redaktion: Sören Grumppmann, 19. Oktober 2012